



GHANA

factsheet

2025-01



Die Rechte von LGBTQ+ sind zunehmend bedroht: das Beispiel Ghana.

ZIVILGESELLSCHAFT UNTER DRUCK GHANAS LGBTQ+ VON MASSIVEN REPRESSIONEN BEDROHT

VON MAIKE ADAMS, ULRIKE DUFNER UND ISABELLA SOPHIA NEU

Unter Shrinking Spaces wird die zunehmende Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume verstanden. Dazu gehört die schrittweise Begrenzung von politischen Partizipationsmöglichkeiten und Freiheiten für Organisationen und Individuen, häufig gepaart mit Willkür und Straflosigkeit für mächtige Personen. Demokratische Systeme sind hingegen gekennzeichnet durch die Rechenschaftspflicht politischer Akteur*innen, die Möglichkeit der Gesellschaft, auf Missstände wie Korruption und Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen und auf diese Weise Rechtsstaatlichkeit, Transparenz sowie öffentliche Debatten zu ermöglichen. Eine intakte Zivilgesellschaft ist zudem ein wichtiger Grundpfeiler von funktionierenden demokratischen Strukturen und Prozessen. Weltweit sind jedoch verstärkt Entwicklungen zu beobachten, wonach zivilgesellschaftliches Enga-

gement immer stärker unter Druck gerät – durch repressive Gesetze, Überwachung, Einschränkungen von Versammlungsrechten, oder bürokratische und finanzielle Hürden für Nichtregierungsorganisationen (*CIVICUS* o. J.). Auch für jede*n Einzelne*n wird zivilgesellschaftliches Engagement immer gefährlicher. Maßnahmen gegen Aktivist*innen reichen von Einschüchterungen, Freiheitsstrafen und Gewaltandrohungen bis hin zu Ermordungen.

Die Einschränkung von Handlungsspielräumen richtet sich häufig zunächst gegen bestimmte Gruppen, die sich beispielsweise gegen Projekte engagieren, mit denen die Regierung bestimmte strategische Interessen verbindet. Meist sind aber auch benachteiligte Gruppen von Anfang an Ziel der Repressionen und Einschränkungen – darunter religiöse und ethnische Minderheiten, insbesondere aber auch queere Personen (*CIVICUS*

2024a: 13). Queer steht für Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierungen, die nicht heterosexuell sind, sowie für verschiedene Geschlechtsidentitäten und Lebens- und Liebesformen, die nicht heteronormativ sind. Oft findet sich auch die Abkürzung LGBTQI+ für Lesben, Schwule, Bi-Trans- und Intersexuelle und queere Personen.

In den letzten Jahren waren insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent südlich der Sahara queere Personengruppen von immer stärkeren Einschränkungen durch repressive Gesetze und Diskriminierung betroffen (CIVICUS 2024a: 13). Homophobe Gesetze und Tendenzen werden in der Regel mit antikolonialen und antiwestlichen Argumenten untermauert, die – wie in diesem Factsheet am Beispiel von Ghana erläutert – auf Geschichtsfälschung basieren (Yaw Ako 2023; Böhm 07.2024).

EIN MENSCHENFEINDLICHES NETZWERK: DER WORLD CONGRESS OF FAMILIES

Führend in der politischen Einflussnahme auf homophobe Tendenzen und Gesetze ist das Netzwerk World Congress of Families (WCF), ein international agierendes und höchst einflussreiches Netzwerk ultrakonservativer und rechter Organisationen und Personen (HRCF 2015; Kalm & Meeuwisse 2023), das unter dem Deckmantel des Christentums eine Anti-LGBTQI+- und antifemi-

nistische Agenda verfolgt. Im Zentrum steht der vermeintliche Schutz der „natürlichen Familie“, definiert als monogames heterosexuelles Ehepaar mit biologischen Kindern. Als Bedrohungen gelten Abtreibung, Queerness, gleichgeschlechtliche Ehe und Migration.

Der WCF unterhält nicht nur Verbindungen zu rechten Organisationen weltweit, sondern auch zu konservativen Regierungen und versucht, diese kontinuierlich auszubauen. Dadurch konnte das Netzwerk bereits Einfluss auf Gesetzgebungen in einigen Ländern nehmen, insbesondere durch die Förderung von Anti-LGBTQI+-Gesetzen (HRW 2019). Der afrikanische Kontinent steht besonders im Visier des Netzwerkes. Bereits 2015 berichtet die Human Rights Campaign Foundation (HRCF) davon, dass die zunehmende Präsenz des WCF auf dem afrikanischen Kontinent mit einer beunruhigenden Zunahme harter Strafen für LGBTQI+-Personen einhergeht (HRCF 2015: 6). Der WCF veranstaltete bereits mehrere Konferenzen in afrikanischen Ländern und nahm auf Regierungen und deren Gesetzgebungen Einfluss. In Ghana organisierte das Netzwerk erstmals 2019 eine Regionalkonferenz unter dem Titel „The African Family and Sustainable Development: Strong Families, Strong Nation“. Das Ziel war es, Pro-Life-Aktivist*innen, „Familien“-Verfechter*innen und

INFODATEN GHANA

Hauptstadt	Accra
Bevölkerungszahl	33,74 Mio. (2023); darunter: 50,7% Frauen; 49,3% Männer
Menschen in extremer Armut (Einkommen weniger als 2,15 USD/Tag)	6,9 Mio. (2023) (rund. 20,45% der Bev.), darunter 3,5 Mio. Männer und 3,3 Mio. Frauen
Wichtigste Ausfuhr Güter	Gold, Erdöl, Nahrungsmittel (inkl. Kakao), Rohstoffe (ohne Brennstoffe) (2023)
Wichtigste Abnehmerländer	1. Schweiz 2. Südafrika 3. Vereinigte Arabische Emirate
Wichtigste Ausfuhr Güter nach Deutschland	Nahrungsmittel (inkl. Kakao); Rohstoffe (ohne Brennstoffe) (2023)
Rangliste des Global Gender Gap Index	88 von 146 (2023)
Rangliste der Pressefreiheit	50 (von 180 Ländern) (2023)
CIVICUS Monitor	3 (beschränkt)
Global Rights Index	2 (Wiederholte Rechtsverletzungen)
LGBT Equality Index	157 von 198



Angaben für 2023; Quellen: GTAI 2024, CIVICUS Monitor 2024b, Reporter ohne Grenzen 2024, Global Rights Index 2024, sowie Statista.com und World Bank Data Bank; Equaldex 2023

Abb: Ghana_map_Wikimedia Commons; Ghana_Detail_Wikimedia Commons

Gläubige zusammenzubringen und die Zusammenarbeit von Regierung, Medien, Wissenschaft, religiösen Institutionen, der Zivilgesellschaft und NGO voranzutreiben (IOF 2019).

GHANAS ENTWICKLUNG: DRAKONISCHE STRAFEN FÜR LGBTQI+ GEPLANT

Im CIVICUS Monitor schneidet Ghana im Vergleich zu anderen Ländern in Afrika noch halbwegs gut ab. Mit 56 Punkten ist es in der Stufe 3 (beschränkt) eingruppiert. Allerdings wurde das Land erst 2022 von der Stufe 2 herabgestuft. Das spiegelt vor allem die Entwicklungen wider, in denen sich ein homophobes Klima immer weiter ausbreitet. Lange Zeit galt Ghana als relativ tolerant gegenüber queeren Menschen. Doch das änderte sich in den letzten Jahren durch das Einwirken des WCF und anderen rechten christlichen Gruppen gravierend. Der 2021 dem Parlament zur Abstimmung vorgelegte Gesetzentwurf, durch den LGBTQI+-Personen und deren Unterstützer*innen kriminalisiert werden sollen, stammt aus der Feder des WCF (Waugh & Landau 2024: 16).

Ghana belegt aktuell beim LGBT Equality Index den 157. Platz von 198 bewerteten Ländern (Equaldex 2023). Es gibt in Ghana keinerlei Schutz vor Diskriminierung für LGBTQI+-Personen, gleichgeschlechtlicher Sex ist strafbar, gleichgeschlechtliche Ehe nicht möglich, die Konversionstherapie, mittels derer die sexuelle Identität oder Orientierung eines Menschen angepasst werden soll (s.u.), ist nicht verboten und die Akzeptanz von Homosexualität in der Bevölkerung ist äußerst gering (Equaldex 2023; ILGA World 2024). Die geschichtsverfälschende Behauptung, Homosexualität sei der ghanaischen Kultur fremd und würde die angeblich traditionell ghanaische Kernfamilie gefährden, ist zur Grundlage für die Diskriminierung von Homosexuellen in Ghana und für die Nichtakzeptanz bzw. das Verbot geworden (Yaw Ako 2023: 46 ff).

In der öffentlichen Debatte Ghanas eskalierte zuletzt im Januar 2021 die zunehmende Homophobie bei der Eröffnung des LGBTQI+-Gemeinschaftszentrums in Accra (Botha 2021: 71). Kritik an der Eröffnung eines solchen Zentrums und der Sichtbarkeit von LGBTQI+-Personen gab es von religiösen und staatlichen Institutionen, von führenden Medien und einer breiten Öffentlichkeit. Argumentiert wurde, dass Queerness das Ergebnis von ausländischem Einfluss sei, solche Zentren die ghanaischen sozio-kulturellen Werte untergraben und insbesondere jüngere Menschen dazu verleiten, sich der LGBTQI+-Community anzuschließen. Folglich müssten diese Zentren verboten und das Wirken von LGBTQI+-Gruppen drakonisch bestraft werden.

Noch im selben Jahr wurde ein LGBTQI+-feindlicher Gesetzentwurf „Promotion of proper

human sexual rights and ghanaiian family values“ [Förderung von richtigen sexuellen Rechten und Ghanaischen Familienwerten] vorgestellt. Im Februar 2024 unterzeichnete das ghanaische Parlament einstimmig (!) diesen Entwurf. Bis zur Präsidentschaftswahl am 7. Dezember 2024 wurde der Entwurf vom damaligen ghanaischen Präsidenten Nana Addo Dankwa Akufo-Addo nicht unterzeichnet und trat somit noch nicht endgültig in Kraft. Die Gesetzesvorlage weist deutliche Parallelen mit Anti-LGBTQI+ Gesetzen aus anderen afrikanischen Ländern auf, darunter Kenia, Nigeria und Uganda. Kein Zufall – denn auch diese Gesetze wurden von weißen Evangelikalen unterstützt (Yaw Ako 2023: 59; Agyeman Asante 2019: 30).

Es wurden mehrere Klagen bei ghanaischen Gerichten gegen das Gesetz eingereicht (Middelton 06.2024). Zwei dieser Anfechtungsklagen wurden am 18.12.2024 vom Obersten Gerichtshof Ghanas einstimmig abgewiesen. Eine verantwortliche Richterin erklärte diesbezüglich gegenüber den Medien, dass es kein Gesetz gebe, solange der Präsident nicht zugestimmt habe. Nun liegt der Ball



Homophobie nimmt in Ghana unter dem Einfluss westlich dominierter rechter Gruppen immer stärker zu.

also erneut beim Präsidenten. Dieses Amt hat am 7. Januar der neugewählte John Mahama angetreten. Er signalisierte im Vorfeld Zustimmung für das Gesetz. Noch sind nicht alle Register gezogen. Zwei klagende Anwälte erklärten bereits, dass sie nach Prüfung des vollständigen Urteils weitere Möglichkeiten erörtern würden (Reuters 12.2024).

Anhand des Anti-LGBTQI+ Gesetzesentwurfes wird deutlich, wie zivilgesellschaftlichen Räumen die Daumenschrauben angelegt werden und sich die Spirale der Shrinking Spaces weiter abwärts dreht. Denn laut Gesetzesentwurf sollen LGBTQI+ und deren Unterstützer*innen mit mehrjährigen Haftstrafen belegt werden. Damit jedoch nicht genug: Angehörige, Nachbarn, Kolleg*innen und Freund*innen von LGBTQI+ müssen diese denunzieren, andernfalls drohen diesen selbst Strafen. Damit wird ein Klima der Angst und des Denunziantentums gefördert, was auch ohne Verabschie-

derung des Gesetzes bereits Wirkung zeigt. So wirken sich repressive Politiken gegen LGBTQI+ auf die gesamte Gesellschaft aus, was die Ausbreitung autoritärer Strukturen begünstigt.

Zudem spricht sich das Gesetz für „den Zugang zu medizinischer und psychologischer Unterstützung“ für LGBTQI+-Personen aus (Gesetzentwurf 2021), erklärt Queerness dadurch zu einem medizinischen und psychologischen Problem (OHCHR 08.2020). Ein besonders schwerwiegender Punkt des Gesetzesvorhabens ist, dass die sogenannte Konversionstherapie gesetzliche Rückendeckung bekommt (s. Kasten).

Das Argument, Homosexualität sei von Natur aus unafrikanisch und ein Produkt der Kolonialzeit, ist eine Form der diskursiven Gewalt und eine Zensur nicht-normativer Sexualitäten (Agyeman Asante 2019: 24) und wird vom WCF gezielt in zahlreichen Ländern verbreitet. Diese Darstellung spricht queeren Menschen aus Ghana ihre Identität als gleichzeitig ghanaisch und queer ab und verbietet ihnen die freie Ausübung ihrer Identitätsrechte. Zudem ist es schlichtweg eine Verdrehung der Realität – es gab in der präkolonialen Phase nachweislich gleichgeschlechtlichen Sex, diverse Beziehungskonzepte und vielfältige Sexualitäten (Yaw Ako 2023: 48 ff). Die präkolonialen Gesellschaften legten Wert auf heterosexuelle Fortpflanzung, ohne gleichgeschlechtliche Beziehungen zu kriminalisieren. Die ghanaische LGBTQI+-Aktivistin Angel Maxine betont: „LGBT ist ein Teil unserer Kultur. Es gab bei uns immer queere Menschen, zu jeder Zeit“. Schlussendlich sollte es bezüglich der Rechte für queere Menschen heute keine Rolle spielen, was früher aus-

gelebt wurde oder nicht – was gegenwärtig zählen sollte, ist die Einhaltung der Menschenrechte. Der Blick auf die präkoloniale Gesellschaft des Landes zeigt nur die Verdrehtheit der Argumentation der Befürwortenden des neuen Gesetzes und den alarmierenden Erfolg, mit dem westliche Anti-LGBTQI+-Aktivist*innen queere Rechte als ausländische, kolonialistische Agenda darstellen. Dabei sind sie selbst diejenigen, die eine gut finanzierte und koordinierte transnationale Bewegung vorantreiben (Waugh & Landau 2024: 15).

KOLONIALMACHT VERANKERTE HOMOPHOBIE 1892 IM GHANAISCHEN GESETZ

Länder, deren Gebiete früher zu britischen Kolonien gehörten, weisen auffällig häufig homophobe, biphobe und transphobe Gesetze in ihren Verfassungen auf (Buckle 2020).¹ Dies gilt auch für das heutige Ghana: erst seit der britischen Kolonialherrschaft ist queerer Sex durch das Gesetz „Unnatural carnal knowledge“ (etwa zu übersetzen als „unnatürlicher Geschlechtsverkehr“) mit bis zu 3 Jahren Haft unter Strafe gestellt. Das Gesetz zielt durch das Verbot von einvernehmlichem Oral- und Analverkehr darauf ab, gegen queere Personen vorzugehen, könnte aber theoretisch auch, unabhängig von der sexuellen Orientierung oder des Geschlechts, auf angeblich „unnatürliche“ sexuelle Handlungen angewandt werden. Auch wenn es selten vor Gericht durchgesetzt wurde, dient es der Polizei und Einzelpersonen als Instrument zur Verfolgung der LGBTQI+-Gemeinschaft (Botha 2021: 70). Daneben wird im selben Paragraphen auch Sodomie und Vergewaltigung verboten; ein Umstand, der die enorme Abwertung von Homosexualität

KONVERSIONSTHERAPIE – „IT'S TORTURE, NOT THERAPY.“

Die Konversionstherapie ist ein Überbegriff für Maßnahmen, die die sexuelle Identität oder Orientierung eines Menschen ändern oder unterdrücken sollen, auch wenn es keinerlei wissenschaftliche Belege dafür gibt, dass diese überhaupt verändert werden können (World Psychiatric Association 2016).

Die Maßnahmen sind für Menschen konzipiert, die entweder nicht heterosexuell oder cisgeschlechtlich sind, also zu den LGBTQI+-Personen gehören. Verfechtende der „Therapie“ betrachten LGBTQI+-Personen als vermeintlich kranke Menschen und behaupten, diese dadurch zu heilen. In der Realität handelt es sich um zutiefst schädliche Eingriffe mit häufig lebenslangen psychischen und körperlichen Schäden bei

den Betroffenen, die häufig sogar noch minderjährig sind (UN IESOGI 2020).

Die Behandlungen fußen auf pseudowissenschaftlichen und religiösen Theorien und enthalten zumeist Methoden wie Elektroschocktherapie, körperliche Misshandlungen, die Gabe von Übelkeit auslösenden oder lähmenden Medikamenten, Freiheitsentzug, Erniedrigung und Beleidigungen gegen LGBTQI+ oder auch regelmäßige Vergewaltigungen (Amnesty International 2016; UN IESOGI 2020). Viele Maßnahmen finden im Verborgenen statt und werden nur durch Berichte von Betroffenen publik.

Im Jahr 2020 veröffentlichte die International Council for Rehabilitation of Torture Survivors (IRCT) einen Bericht mit dem ein-

deutigen Titel „It's Torture, Not Therapy“ (IRCT 2020). Auch Víctor Madrigal-Borloz, der Herausgeber des jüngsten Berichts des UN-Menschenrechtsrates zu erzwungener Konversionstherapie, unterstreicht, dass wissenschaftliche Studien die langfristigen körperlichen und mentalen Folgen entlarven und diese eine Menschenrechtsverletzung darstellen. Sofern sie mit Gewalt durchgeführt werden, seien sie auch ein Verstoß gegen das Verbot von Folter und Misshandlung (OHCHR 07.2020).

Der UN-Menschenrechtsrat rief zu einem weltweiten Verbot auf, dem allerdings bisher nur einzelne Länder folgten (zur Rechtslage in einzelnen Ländern vgl. Wissenschaftlicher Dienst, Dt. Bundestag, 9 – 3000 – 079/23, vom 08.12.2023)



Wenn das Anti-LGBTQI+-Gesetz umgesetzt wird, wird das Auswirkungen auf die demokratische Entwicklung im Land haben.

verdeutlicht. Das ghanaische Gesetzbuch wurde zwar seit 1960 schrittweise erneuert, dennoch blieben viele Abschnitte von der ghanaischen politischen Elite unverändert (Yaw Ako 2023: 58 f.). Eine Klage gegen die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes über „unnatürlichen Geschlechtsverkehr“ aus dem kolonialen Erbe wurde am 27. Juli 2024 vom obersten Gerichtshof Ghanas abgewiesen und das Gesetz als konform mit der ghanaischen Verfassung erklärt. Geklagt hatte ein Rechtsdozent der Universität von Ghana (BAMF 2024).

Die britische Kolonialmacht führte neben diesem ersten homophoben Gesetz auch das Konzept der heterosexuellen Kernfamilie als Basiseinheit der Gesellschaft ein. Dass es der Kolonialmacht als Instrument zur Aufrechterhaltung kolonialer Machtverhältnisse diene, wird bis heute genauso verschwiegen wie die Tatsache, dass es sich um eine westeuropäische Erfindung handelt (McEwen 2023: 6). Konservative Kreise in Ghana behaupten mittlerweile, dass das Konzept der Kernfamilie immer schon Teil der traditionellen ghanaischen Kultur war. Wie sie dann aber die Notwendigkeit des Gesetzes „Unnatural carnal knowledge“ erklären wollen, bleibt ein Widerspruch in sich.

NEOKOLONIALE AGENDA ULTRAKONSERVATIVER RECHTER CHRISTEN

Rechte westliche Evangelikale führen einen Stellvertreterkrieg in Afrika mit dem Ziel, gleichgeschlechtliche Beziehungen zu kriminalisieren (Yaw Ako 2023: 59; Kaoma 2009). Der Gesetzentwurf ist folglich als Teil einer neokolonialen Agenda zu verstehen, die sich als Behüter der afrikanischen und ghanaischen Kultur und Religion tarnt (Yaw Ako 2023: 58 ff; Hirschfeld-Eddy-Stiftung 07.2022). Diese Argumentation findet in der Bevölkerung auch deshalb derart enormen Anklang, weil in Ghana nach wie vor die kolonialen Herr-

schafts-, Regierungs- und Bildungsstrukturen intakt sind, die es dringend zu dekolonialisieren gilt. Queere Lebensformen gehören jedoch nicht zu diesem kolonialen Erbe (ebd.). Auch die ghanaische LGBTQI+-Aktivistin Angel Maxine hebt die Verantwortung der evangelikalen und rechten christlichen Gruppen für das Gesetz hervor. Sie unterstreicht, dass der Gesetzentwurf nicht aus Afrika stamme, sondern ein westliches Importgut und eine Art modifizierte Kolonialisierung darstelle. Die Aktivistin berichtet, dass rechts-konservative Gruppen wie der WCF ihr Geld einsetzen, um homophobe Gesetze zu fördern und zu verbreiten. Dabei nutzen sie auch die Armut und Not in afrikanischen Ländern wie Ghana aus.

DRUCK VON AUSSEN GEGEN DAS GESETZ

Die Entscheidung des vorangegangenen ghanaischen Präsidenten, das Gesetz zunächst nicht zu unterzeichnen, erfolgte erst nach einer Warnung des ghanaischen Finanzministeriums. Befürchtet wurde, dass die Weltbank eine Finanzierung in Höhe von 3,8 Mrd. US-Dollar aufkündigen und der IWF ein Kreditpaket über 3 Mrd. US-Dollar stornieren würde (Reuters 05.2024). Eine weitere Verzögerung kam vom Obersten Gerichtshof selbst. Dieser forderte von den Anwälten, die sich um die Rechtmäßigkeit des Anti-LGBTQI+-Gesetzes stritten, beleidigende Formulierungen in ihren Anträgen zu ändern und vertagte den Fall auf den 18. Dezember – also auf ein Datum nach der Präsidentschafts- und Parlamentswahl in Ghana.

Öffentliche Kritik an dem Gesetz kommt außer von den LGBTQI+-Aktivist*innen selbst nur vereinzelt, u.a. von der Commission on Human Rights and Administrative Justice, von HIV-Netzwerken und wenigen etablierten zivilgesellschaftlichen Organisationen (Waugh & Landau 2024: 43).

¹ Obwohl nur 25 % der Weltbevölkerung (2,4 Milliarden Menschen) in Commonwealth-Staaten leben, stellen diese 50 % der Länder, die Homosexualität noch kriminalisieren (Buckle 2020).

Einzelne Mitglieder beider Parteien haben nur im Privaten ihre Unterstützung gegen das Gesetz bekundet (ebd.). Viele Menschen trauen sich auf Grund der möglichen Auswirkungen nicht, sich zu positionieren. Es mutet paradox an, dass das Gesetz vor allem durch externen Druck vorerst nicht unterzeichnet wird, wo doch das Gesetz selbst sich gegen extern verursachte „Unmoral“ richtet.

Bereits jetzt hat der Gesetzesentwurf Folgen: allein durch den Parlamentsbeschluss wurde die Homophobie weiter angeheizt und hat zu physischen und psychischen Übergriffen gegen LGBTQI+ geführt (*Forum Menschenrechte 2024*). Ebenso sind Fälle von Selbstjustiz zu verzeichnen: 2021 gab es Berichte über die gezielte Jagd von LGBTQI+-Personen durch extra dafür gegründete Bürgerwehren (*ILGA World 2023: 32*). Außerdem haben Angst und Ausgrenzung sowie die Zahl an Massenverhaftungen von queeren Menschen zugenommen (*ILGA World 2023: 31*). Im Wahlkampf 2024 wurde ebenso die Anti-LGBTQI+-Gesinnung instrumentalisiert. Queere Menschen werden zum Sündenbock für alles Negative in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft erklärt. Die Regierungspartei bemühte sich sogar, ihre Parteisatzung dahingehend zu ändern, dass Unterstützer*innen der Rechte von LGBTQI+ nicht kandidieren und auch kein Regierungsamt übernehmen dürfen (*Waugh & Landau 2024: 41*).

Sollte das Gesetz in Kraft treten, so sind deutlich gravierendere Folgen zu erwarten. Die Rechte von LGBTQI+ und Fürsprecher*innen werden in der Folge schwerwiegend verletzt, dazu zählen: „das Recht auf Würde, Redefreiheit, Versammlungsfreiheit, das Recht auf Teilnahme an Demonstrationen, akademische Freiheit, das Recht auf Gleichheit, das Recht auf Leben, Freiheit und persönliche Sicherheit und das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz“ (*Forum Menschenrechte 2024*). Mit dem Gesetz wird auch die Grundlage geschaffen, weitere Repressionen in der Gesellschaft durchzusetzen und hoffähig zu machen. Mit dem Zwang zum Denunziantentum wird sich ein Klima der Angst und der Rechtlosigkeit breitmachen, staatlicher Willkür wird Tür und Tor geöffnet. Die Leiterin des UN-Programms zur Bekämpfung von Aids (UNAIDS) Winnie Byanyima fasst die möglichen Folgen zusammen: „Wenn das Gesetzesvorhaben über Sexuelle Menschenrechte und Ghanaische Familienwerte umgesetzt wird, wird es Angst und Hass verstärken, könnte zu Gewalt gegen ghanaische Mitbürger anstiften und wird sich negativ auf die Meinungsfreiheit, die Bewegungsfreiheit und die Vereinigungsfreiheit auswirken.“ (*UNAIDS 02.2024, eigene Übersetzung*). Erfahrungen in Ländern mit ähnlichen Gesetzgebungen wie Uganda zeigen, dass mittels queerfeindlicher Gesetze unliebsame Menschenrechtler*innen sowie Umwelt-

aktivist*innen verhaftet oder aus dem Land gejagt werden (*Kimeu 10.2024*). Das Anti-LGBTQI+-Gesetz ist damit der Anfang einer weiteren Einschränkung zivilgesellschaftlicher Freiräume – der Beginn von Autoritarismus.

FAZIT UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Am Beispiel von Ghana ist ersichtlich, wie sich repressive Politiken gegen LGBTQI+ auf die gesamte Gesellschaft auswirken und zur Ausbreitung autoritärer Strukturen führen können. Wir erleben, wie pseudo-nationalistische Argumente als Teil einer politischen Ideologie herangezogen werden, um demokratische Strukturen, Menschenrechte, das Recht auf freie Meinungsäußerung, Rechtsstaatlichkeit und den Schutz vor Folter und vielem mehr einzuschränken.

Die Entwicklungen in Ghana sind auch ein Beispiel dafür, wie sich Restriktionen, die sich gegen eine gesellschaftliche Gruppe – hier LGBTQI+ richten – auf demokratische Strukturen insgesamt ausdehnen und die Abwärtsspirale weiter verschärfen. Wenn wir uns also mit Fragen von Autoritarismus auseinandersetzen – und das sollten wir angesichts des Erstarkens von populistisch-nationalistischen Strömungen in Europa und vielen anderen Ländern weltweit dringlich tun – dann müssen wir begreifen, welche Faktoren zur Ausbreitung von autoritären Strukturen führen. Angel Maxine beschreibt dies sehr deutlich: die kritischen Stimmen werden immer leiser, bis sie verstummen. Sind sie einmal verstummt, gehen schrittweise die Strukturen (so es sie gab) verloren, die für das Entstehen demokratischer Werte standen. Mit jeder verstummten Stimme werden diejenigen automatisch lauter bzw. mehr zu hören sein, die dem Autoritarismus das Wort reden.

Des Weiteren sind die Entwicklungen in Ghana beispielhaft dafür, dass Konzepte wie das der heterosexuellen Kernfamilie als Keimzelle der Gesellschaft Teil eines autoritären Backlash darstellen. Dieser hat zunächst die LGBTQI+-Community im Visier und treibt damit die gesamte Gesellschaft in ein System des Denunziantentums, der Bespitzelung und Repression.

Am Beispiel von Ghana können wir auch feststellen, welche Defizite politische Analysen über politische Systeme, über Demokratiestandards etc. aufweisen. Denn in nicht wenigen Publikationen der Entwicklungszusammenarbeit wird Ghana noch Ende 2023 als fortschrittlich in Sachen „Gender-Politik“ dargestellt. Auch mit Blick auf den Demokratie-Status wird Ghana meist ein relativ hoher Standard attestiert. Gender-Politik meint hier die Anstrengungen der Regierung, u.a. die Bildung von Frauen zu fördern. Aber die Gender-Politik in einer Gesellschaft, die auf einem derart heteronormen Familienkonzept basiert, erfüllt eben nicht den Standard einer gendergerechten

Im Wahlkampf
2024
wurde ebenso
die Anti-LGBTQI+
-Gesinnung
instrumentalisiert



Angel Maxine musste aus Sicherheitsgründen ihr Land verlassen und setzt sich heute von Berlin aus für die queere Community in Ghana ein.

ANGEL MAXINE – „KILL THE BILL“

Angel Maxine ist eine bekannte ghanaische Sängerin und LGBTQ+-Aktivistin aus Accra. Sie war die erste Musikerin Ghanas, die sich offen als trans geoutet hat. Heute ist sie eine wichtige Stimme der queeren Bewegung. Mit ihrer Musik unterstützt sie die Community, schafft Bewusstsein und kämpft gegen gesellschaftliche Missstände. So unterstützt sie mit ihren Songs die „Kill the bill“-Bewegung, die den Gesetzesentwurf kippen möchte. Sie war die Hauptansprechperson für das ghanaische Fernsehen und Radio in Sachen LGBTQ+, bis ihre Sicherheit derart gefährdet war, dass sie das Land verlassen musste. Momentan

können Menschen wie sie nur außerhalb von Ghana das Wort ergreifen. SÜDWIND sprach im Juli 2024 mit Angel Maxine.

Bereits vor ihrer Flucht nach Deutschland war die Sicherheit der Aktivistin mehr und mehr gefährdet. Nach Interviews konnte sie sich längere Zeit nicht in der Öffentlichkeit zeigen und musste warten, bis sich die Lage entspannte. Zuletzt kamen LGBTQ+-feindliche Menschen während eines live

ausgestrahlten Gesprächs mit ihr zum Radiosender, um sie anzugreifen. Folglich mussten immer mehr Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden, Sendungen wurden vorproduziert und erst später gesendet. 2023 verließ die Musikerin und Aktivistin dann ihr Land. Sie lebt heute in Berlin und hält von hier aus den Kontakt zu ihrer Community in Ghana.

Angel Maxine erklärt, dass 90 Prozent der Ghanaer*innen religiös sind. „In den Gebetshäusern, ob christlich oder muslimisch, wird verstärkt ein homophober Irrglaube gepredigt. Prediger behaupten LGBTQ+-Personen kämen zur Welt, um das Aussterben der Menschen voranzutreiben. Sie seien Sündige, Dämonen, der Grund der hohen Lebenshaltungskosten in Ghana und verantwortlich für die vielen Autounfälle“. Angel Maxine legt dar, wie auf diese Weise der Hass immer weiter zunimmt. Auch Politiker*innen und eine Vielzahl an Journalist*innen, besonders der Medien, die in den Lokalsprachen berichten, hetzen und verbreiten unzählige homophobe Geschichten.

Angel Maxine legt Wert darauf, die bedeutende Rolle von ausländischen Organisationen, insbesondere dem World Congress of Families, hervorzuheben. Der WCF habe, so Angel, am Gesetz mitgewirkt und mit sehr viel Geld die Glaubensgemeinschaften beeinflusst. Diese Entwicklung sei wie

eine neue Form von Kolonialismus, getarnt mit dem Mantel des Christentums. Angel Maxine kennt sich gut mit Religiosität aus. Denn aufgewachsen ist sie als Tochter einer Wahrsagerin (engl. Prophetess) und eines christlichen Priesters und Anführers (engl. Chief) der traditionellen Kultur. „Nächstenliebe“, so die Aktivistin, „ist das wichtigste Anliegen des christlichen Glaubens. Dies steht in direktem Kontrast zu Denunziantentum, Verrat und Verleugnung, welches das Gesetz fördern will.“

Der Gesetzesentwurf und das dahinter liegende Denken widerspreche, so Angel Maxine, der ghanaischen Kultur: „Die Menschen Ghanas unterstützen sich gegenseitig. Sie sind offen für Liebe und Fürsorge. Das (!) ist unsere Kultur“. Die Auswirkungen des Gesetzes seien fatal für die gesamte ghanaische Bevölkerung und für alle, die mit Ghana in Kontakt sind. Laut Angel Maxine ist jeder Mensch nun gefährdet, ob LGBTQ+ oder nicht: jeder könnte zu jedem Zeitpunkt angezeigt oder inhaftiert werden.

„Leider“, so Angel Maxine, „gibt es nicht genügend Aktivist*innen, die sich der queerfeindlichen Propaganda und dem Hass entgegenstellen“. Aber im Stillen unterstützten Menschenrechtsorganisationen die Community durch Gesundheitsversorgung, mit Wohnungen und bei der (Aus-)Bildung. Sollte das Gesetz in Kraft treten, dann werde aber selbst dies gefährlich und könne lange Haftstrafen zur Folge haben. Zudem laufen Unterstützer*innen der LGBTQ+-Community Gefahr, von der Gemeinschaft geächtet zu werden, das eigene Ansehen oder den Job zu verlieren und aus der Glaubensgemeinschaft ausgeschlossen zu werden: „Wir hören keine queeren Stimmen mehr. Wir ertrinken in diesem Meer an homophoben Stimmen, religiösen Äußerungen und all diesen erfundenen Mythen.“

Angel Maxine fordert von der internationalen Gemeinschaft, Diplomaten und Botschaftern, Druck auf den Präsidenten auszuüben, das Gesetz nicht zu unterzeichnen. Sie findet es erschütternd, dass erst die Drohung des IWF, die Auszahlung von Geldern zu stoppen, den Präsidenten dazu bewog, das Gesetz nicht zu unterzeichnen. Das sei so, als ob man mit dem Leben der LGBTQ+-Community Lotto spielt.

Angel Maxine sieht zurzeit wenig Anlass zu Hoffnung für ihr Land. Die einzige Lösung sei, das Gesetz zu verhindern. Erst dann könne wieder aktiv gegen Homophobie angekämpft werden.

„ICH KAM NACH BERLIN. DENN IN GHANA HÄTTE ICH MEINE STIMME NICHT MEHR ERHEBEN KÖNNEN. ICH WAR EINGESPERRT WIE IM KÄFIG“.

Politik. Es wirkt daher auch nur auf den ersten Blick paradox, dass Ghana im Juli 2024 ein Gesetz zur Gleichstellung der Geschlechter verabschiedete, während gleichzeitig die Rechte von LGBTQI+ derart gravierend eingeschränkt werden sollen.

Unsere Handlungsempfehlungen sind folglich:

- ▶ Genderanalysen sollten nicht „nur“ die Rolle von Frauen in den Familien, in der Wirtschaft etc. im Blick behalten – es gibt mehr als zwei Geschlechter. Entsprechend sollte die heterosexuelle Kernfamilie nicht als Norm oder Maßstab zugrunde gelegt werden.
- ▶ Studien über Demokratiestandards oder Autoritarismus sollten nicht genderblind sein, sondern zusätzlich Genderaspekte wie oben beschrieben anwenden.
- ▶ Die internationale Zusammenarbeit sollte Frühwarn-Kriterien entwickeln, die Menschenrechtsverletzungen sowie Anfänge von Autoritarismus u.v.m. erkennen, verknüpft mit politischen Handlungsmöglichkeiten. Am Beispiel von Ghana: Unterstützung von LGBTQI+ in dem von der Community selbst geforderten Maß.
- ▶ Die allgemeinen und asylrelevanten Länderberichte des Auswärtigen Amtes müssen auch auf geschlechts- und sexualitätsspezifische Verfolgung eingehen. In dem bilateralen diplomatischen Austausch auf Ebene der Außenministerien sollten immer auch Genderaspekte in dem oben beschriebenen Sinne thematisiert werden. Hierfür sollten die Auslandsvertretungen mit vorhandenen LGBTQI+ Interessensvertretungen in regelmäßigem Austausch sein. Dort, wo Organisationen bereits von Repressionen betroffen sind, ist auf Menschenrechts- oder internationale LGBTQI+-Organisationen und deren Berichte zurückzugreifen.
- ▶ Auf der Ebene der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sollten spezifische Förderprogrammlinien für besonders vulnerable Gruppen wie LGBTQI+ aufgestellt und entsprechende Mittel der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bereit-

gestellt werden. Im Dialog mit den Betroffenen sind konkrete Maßnahmen und Programme zum Schutz der Menschenrechte von besonders vulnerablen Gruppen wie LGBTQI+ zu entwickeln und zu fördern. Auch sollten Kenntnisse über die negativen Folgen von sogenannten Konversionstherapien stärker in die Öffentlichkeit gebracht werden. Organisationen, die selbst homophobe Politiken unterstützen, müssen von einer staatlichen Finanzierung ausgeschlossen werden.

- ▶ Historische Forschung über Genderpolitiken zu Zeiten des Kolonialismus und die entsprechenden Herrschaftsinstrumente sollten im Bereich der Forschung gefördert und publiziert werden.
- ▶ Der besonders schwierigen asylrelevanten Lage von LGBTQI+ ist insofern Rechnung zu tragen, als diesen der Schutz vor geschlechts- und sexualitätsspezifischer Verfolgung durch ein entsprechendes Asylverfahren gewährleistet wird. Hierfür sind insbesondere die beim BAMF zuständigen Entscheider*innen über Asylverfahren über die jeweilige Lage von LGBTQI+ zu informieren und zu sensibilisieren.
- ▶ Christliche Kirchen und Hilfswerke sollten viel stärker öffentlich gegen homophobe Politiken und Gesetze eintreten und in ihren Auslandsgemeinden keine fundamentalistischen Strömungen unterstützen.
- ▶ Bundesländer wie NRW sowie Kommunen, die Partnerschaftsprogramme mit Ghana bzw. ghanaischen Kommunen aufgelegt haben, sollten innerhalb ihrer Austauschaktivitäten auf die geschlechtsspezifische Verfolgung von LGBTQI+ hinweisen und Förderprogramme für den Dialog unter LGBTQI+ auflegen. ◆

LITERATUR

Das Literaturverzeichnis ist hier <https://tip.de/un7u4> oder unter diesem QR-Code abrufbar:



FÖRDERER



IMPRESSUM

Bonn, Januar 2025

HERAUSGEBER:
SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201,
53113 Bonn
Tel.: +49(0)228-763698-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen

BANKVERBINDUNG SÜDWIND:
KD-Bank
IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC: GENODED1DKD

AUTORINNEN:
Ulrike Dufner, Maike Adams und
Isabella Sophia Neu

REDAKTION UND LEKTORAT:
Irene Knoke,
Nina Giaramita,
V.i.S.d.P.: Dr. Ulrike Dufner

GESTALTUNG:
twotype design,
Hamburg

DRUCK UND VERARBEITUNG:
Brandt GmbH, Bonn
Gedruckt auf
Recycling-Papier

factsheet
Zivilgesellschaft unter
Druck: Ghana
2025-1

